



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Ulla Jelpke, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 7. August 2013

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juli 2013**
HIER **Arbeitsnummer 7/384**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Klaus-Dieter Fritsche

Schriftliche Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke
vom 31. Juli 2013
(Monat Juli 2013, Arbeits-Nr. 7/384)

Frage

In welchem Umfang haben sich die Bundesländer bislang zur ergänzenden Aufnahme von Familienangehörigen von in Deutschland lebenden Syrern ausgesprochen oder eine entsprechende Absicht bekundet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und was tut die Bundesregierung vor dem Hintergrund entsprechender Initiativen aller Fraktionen des Deutschen Bundestages (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13933 und 17/14136), um vielleicht noch zögernde Bundesländer zu schnellem und großzügigem Handeln zu bewegen (Nachfrage zur Antwort auf meine Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 6/444, nachdem entsprechende Rückmeldungen der Bundesländer nunmehr vorliegen müssten, ggf. bitte beim Vorsitzenden der IMK in Erfahrung abfragen)?

Antwort

Bisher haben sich 13 Bundesländer zu dem Entwurf einer Aufnahmeanordnung der Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), Herrn Minister Boris Pistorius, vom 1. Juli 2013 zur ergänzenden Aufnahme von Familienangehörigen in Deutschland geäußert. Brandenburg, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein begrüßen eine solche ergänzende Aufnahme. Berlin, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt halten eine ergänzende Flüchtlingsaufnahme durch die Länder zumindest für verfrüht.

Die befürwortende Haltung der Bundesregierung zu einer entsprechenden Aufnahmeaktion der Länder ist bekannt und wird den Ländern gegenüber auch weiterhin vertreten. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zur ihrer Schriftlichen Frage Nummer 19 auf Bundestagsdrucksache 17/14359 verwiesen.